

Wirtschaftsstatement

von Dr. Joachim Kreysing

Vorstandsvorsitzender des Landesverbands Hessen im Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI Hessen) und Geschäftsführer der Infraserv GmbH & Co. Höchst KG

Pressegespräch der Chemieverbände Hessen

am 22. April 2026

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sperrfrist: 22. April 2026 – 12:00 Uhr

Vielen Dank, Herr Coenenberg. Ich übernehme hier gerne.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir als chemisch-pharmazeutische Industrie über den Industriestandort Hessen sprechen, dann geht es nicht um Einzelinteressen einer Branche. Es geht um die Stabilität industrieller Wertschöpfungsketten, die das Fundament für Versorgungssicherheit, Beschäftigung und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit in unserem Land bilden.

Hessen gehört zu den wichtigsten Chemie- und Pharmastandorten Europas. Die Unternehmen der Branche stehen am Anfang zentraler Wertschöpfungsketten – für die Arzneimittelversorgung, für Bau und Werkstoffe, Mobilität, Energie, Digitalisierung und moderne Infrastruktur. Was hier entwickelt und produziert wird, ist keine Vorleistung für abstrakte Märkte, sondern Voraussetzung für den Alltag von Millionen Menschen

Werden diese Wertschöpfungsketten geschwächt oder unterbrochen, betrifft das nicht nur einzelne Betriebe. Die Folgen treffen die Gesellschaft insgesamt: Versorgungssicherheit nimmt ab, Innovationsfähigkeit geht verloren, Investitionen wandern ab, und Arbeitsplätze geraten weit über Chemie und Pharma hinaus

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

unter Druck – im Mittelstand, im Handwerk, im Maschinenbau oder in der Logistik.

Gerade in der Chemie zeigt sich besonders deutlich, dass industrielle Wertschöpfung nicht beliebig verlagert werden kann, ohne Substanz zu verlieren. Frühe Produktionsstufen sind eng mit nachgelagerten Prozessen, mit Know-how, Infrastruktur und regionalen Verbundstrukturen verknüpft. Gehen diese Stufen verloren, verliert ein Standort nicht nur Produktion, sondern auch Steuerungsfähigkeit und Gestaltungsspielräume.

Vor diesem Hintergrund ist der Einsatz für einen starken Industriestandort Hessen keine Frage der Besitzstandswahrung, sondern eine Voraussetzung für Resilienz, Wohlstand und Zukunftsfähigkeit. Er verlangt landes-, bundes- und europapolitische Rahmenbedingungen, die industrielle Wertschöpfung ermöglichen, Investitionen absichern und Transformation realistisch gestalten – im gemeinsamen Interesse von Wirtschaft, Beschäftigten und Gesellschaft.

Das gilt umso mehr für die Transformation hin zu Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft. Diese kann nur gelingen, wenn vollständige Wertschöpfungsketten vor Ort erhalten bleiben – von Forschung und Entwicklung über industrielle Produktion bis hin zur Anwendung. Die Verlagerung von Industrie ersetzt keine

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

Innovation und führt nicht zu mehr Klimaschutz, sondern lediglich zu einer Verschiebung von Emissionen und Abhängigkeiten.

Jedoch entwickeln sich Energie- und Klimaschutzpolitik zunehmend zu einem **ernsten Standortrisiko** für die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland und damit auch Hessen. Trotz zahlreicher politischer Initiativen bleiben die zentralen Probleme ungelöst: Energie ist zu teuer, Regulierung zu komplex, und Investitionen bleiben aus. Die vergangenen Monate haben diese Entwicklung nicht gebremst – im Gegenteil, sie haben sie weiter verschärft.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie steht am Anfang nahezu aller industriellen Wertschöpfungsketten und ist entsprechend energieintensiv. Rund **acht Prozent des gesamten deutschen Energieverbrauchs** entfallen auf die Chemie, bei Strom und Gas liegt der Anteil sogar deutlich höher. Gleichzeitig zahlen Unternehmen in Deutschland weiterhin **signifikant höhere Strom und Gaskosten** als ihre internationalen Wettbewerber. Dieser strukturelle Wettbewerbsnachteil wirkt unmittelbar und dauerhaft.

Die Folgen sind unübersehbar: ein anhaltender Produktionsrückgang von 31 Prozent seit 2021, ein massiver

Investitionsstau, Standortschließungen und die Verlagerung von Wertschöpfung ins Ausland.

Gerade in Hessen zeigt sich diese Entwicklung besonders drastisch. Es geht längst nicht mehr um abstrakte energiepolitische Zielsetzungen, sondern um den Erhalt industrieller Substanz.

Daran ändert auch die Entscheidung der EU-Kommission zum **Industriestrompreis** wenig. Denn die strengen Vorgaben aus dem EU-Beihilferecht begrenzen die Wirkung massiv und die Entlastung wird nur bei knapp 10 % der deutschen Unternehmen tatsächlich ankommen. Hinzu kommt, dass sich die **Netzentgelte zunehmend zum eigentlichen Kostentreiber der Energiewende entwickeln.**

Für eine energieintensive Industrie ist zudem eines klar: **Versorgungssicherheit ist keine Randbedingung, sondern Grundlage jeder industriellen Produktion.** Der Ausbau steuerbarer Kraftwerkskapazitäten ist unstrittig notwendig.

Nicht akzeptabel ist jedoch, wenn neue Kapazitätsmechanismen dazu führen, dass Versorgungssicherheit am Ende **einseitig über zusätzliche Kosten auf die Industrie abgewälzt wird** und bestehende Entlastungen faktisch wieder aufgehoben werden.

Auch der europäische Emissionshandel hat sich in seiner Wirkung spürbar verändert. Was ursprünglich als marktbasierendes Klimaschutzinstrument konzipiert war, entwickelt sich zunehmend zu einem **massiven Kosten und Planbarkeitsrisiko**.

Dabei verursacht die chemisch-pharmazeutische Industrie weniger als **sechs Prozent der deutschen CO₂-Emissionen**, trägt aber über direkte und indirekte Effekte einen überproportionalen Teil der Last. Besonders problematisch ist die Marktstabilitätsreserve: Die künstliche Verknappung von Zertifikaten, hohe Preisvolatilität und fehlende Investitionssicherheit erschweren langfristige Transformationsentscheidungen erheblich. Die jüngsten Entscheidungen auf EU-Ebene reichen nicht aus, um diese Fehlentwicklungen wirksam zu korrigieren. Erforderlich sind mehr Preisstabilität, weniger zusätzliche Verknappung und eine **Verlängerung der kostenlosen Zertifikatszuteilung mindestens auf dem heutigen Niveau**.

Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus wird politisch als Lösung gegen Carbon Leakage präsentiert, erfüllt dieses Versprechen in der Praxis bislang jedoch nicht. CBAM erfasst nur ausgewählte Grundstoffe, schützt Exporte nicht und bildet

die Komplexität chemischer Wertschöpfungsketten nur unzureichend ab. Solange diese Schwächen bestehen, darf CBAM **kein Vorwand sein**, bewährte Schutzinstrumente vorschnell abzubauen. Ein Rückzug aus der kostenlosen Zertifikatszuteilung ohne wirksamen Grenzschutz würde **Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Klimaziele gleichermaßen untergraben**.

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, dass Anspruch und Realität der **Chemieagenda 2045** derzeit noch auseinanderliegen. Die Bundesländer – ausdrücklich auch Hessen – haben das in ihrem gemeinsamen Schreiben an die Bundesregierung vom 24. März 2026 klar formuliert.

Der eingeschlagene Prozess wird anerkannt, zugleich aber unmissverständlich festgestellt, dass die bisherigen Maßnahmen weder Abwanderung noch Investitionszurückhaltung stoppen. Die Agenda ist bislang **zu unverbindlich, zu langsam und zu wenig wirksam**.

Gefordert wird daher eine deutliche Nachschärfung – insbesondere bei wettbewerbsfähigen Strom- und Gaspreisen, bei der Abstimmung von Industriestrompreis und Strompreiskompensation, bei Korrekturen im Emissionshandel, bei einem tatsächlich wirksamen Carbon-Leakage-Schutz sowie

beim Abbau regulatorischer und bürokratischer Belastungen. Dazu zählen auch die überkomplexe Industrieemissions-Richtlinie, aber auch die neuen realitätsfernen Vorgaben im Wasserrecht sowie enorme zusätzliche finanzielle Belastungen durch die erweiterte Herstellerverantwortung, bei der selbst die Bundesregierung noch keine Kostenprognose geben kann.

Energie- und Klimaschutzpolitik darf nicht länger an der industriellen Realität vorbeigehen. **Klimaschutz ohne Wettbewerbsfähigkeit führt zur Deindustrialisierung** – und am Ende auch zu höheren globalen Emissionen.

Die Chemieagenda 2045 kann ein zentrales industriepolitisches Instrument sein, **wenn sie jetzt konsequent nachgeschärft wird**. Ohne schnell wirksame Entlastungen bei Energiepreisen, ETS-Kosten und Regulierung droht ein dauerhafter Verlust industrieller Wertschöpfung – in Hessen und in ganz Deutschland.

Schauen wir uns nun auf die **Gesundheitspolitik**. Hier ist enormer Stress im System. Es gilt, die Versorgung sowie die Finanzierung zu sichern, ohne den Standort zu schwächen.

Die gesetzliche Krankenversicherung steht zweifellos unter erheblichem finanziellem Druck. Entscheidend ist jetzt aber, nicht einfach nur zu sparen, sondern eben **an den richtigen Stellschrauben zu drehen.**

Die pharmazeutische Industrie trägt bereits heute in erheblichem Umfang zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung bei – unter anderem durch **verpflichtende Herstellerabschläge in Milliardenhöhe.** Zusätzliche Belastungen für Arzneimittel würden das System kurzfristig entlasten, **langfristig aber Investitionen, Innovationsfähigkeit und Versorgungssicherheit gefährden.**

Der kürzlich veröffentlichte Entwurf des Bundesministeriums für Gesundheit setzt an vielen Stellen erneut bei der Pharmaindustrie an.

Dabei zeigt sich klar: **Nicht Preise, sondern vor allem Mengen- und Struktureffekte treiben die Ausgabenentwicklung.** Wer hier ausschließlich weitere Einschnitte bei innovativen Therapien vornimmt, verkennt die eigentlichen Ursachen.

Gleichzeitig verschärfen sich die internationalen Rahmenbedingungen erheblich. Die **unberechenbare handelspolitische Linie der USA**, inklusive angekündigter oder vorbereiteter Maßnahmen im Arzneimittelbereich, erhöht den

Standortdruck spürbar. Unternehmen müssen heute global entscheiden, wo sie investieren, produzieren und forschen.

Umso wichtiger ist es, dass Deutschland und damit auch Hessen in dieser Phase nicht zusätzlich an Attraktivität verliert. **Kurzfristige Sparmaßnahmen können nicht zulasten einer verlässlichen Arzneimittelversorgung und einer zukunftsfähigen Industrie gehen.**

Wir alle sprechen dieser Tage viel über Resilienz. Auch an der Stelle der Arzneimittelversorgung spielt diese eine unermesslich wichtige Rolle. Hier sind wir verletzlich.

Was wir brauchen, sind **Strukturreformen im Gesundheitssystem**, eine klare Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln und ein entschlossener Abbau ineffizienter Strukturen. Ein starkes Gesundheitssystem gibt es nur mit einer leistungsfähigen pharmazeutischen Industrie – beides gehört zusammen.

Im Rahmen der mit der Landesregierung gemeinsam aufgelegten Initiative Gesundheitsindustrie Hessen arbeiten Unternehmen aus der industriellen Gesundheitswirtschaft, Gewerkschaft und Hochschulen aktiv an Lösungsvorschlägen aus und für Hessen. Wir hoffen, dass diese im Mai/Juni

CHEMIEVERBÄNDE HESSEN

gemeinsam mit der Landesregierung vorgestellt werden können. Ein Lenkungskreistreffen ist derzeit in Planung mit der Staatskanzlei.

Gerne hätte ich hier heute mehr Optimismus versprüht, aber wir müssen faktenbasiert berichten und so fällt die heutige Bilanz leider nicht positiv aus.

Damit gebe ich zurück an Herrn Boros.